

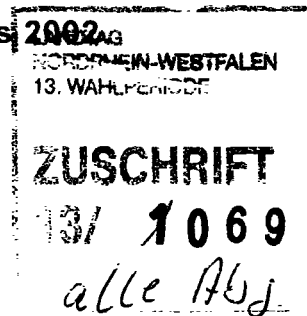
Hamm, 16. Oktober 2001

An den Präsidenten des  
Landtags Nordrhein-Westfalen  
Herrn Ulrich Schmidt  
Postfach 101143

40002 Düsseldorf

**Anhörung zum Entwurf des Personalhaushalts**

Sehr geehrter Herr Schmidt!  
Sehr geehrte Damen und Herren!



Der Landesverband Nordrhein-Westfalen des Deutschen Richterbundes gibt zu der Anhörung am 23. Oktober 2001 die folgende schriftliche Stellungnahme ab:

**A. Statements zu Schwerpunkten:**

1. Im Haushaltsentwurf für das Jahr 2002 sind 20 Stellen mit einem kw-Vermerk bis 2002 versehen. Das bedeutet eine geplante Stellenverminderung bereits im kommenden Jahr. Damit sollen die im Jahre 2001 für die Bearbeitung von DNA-Verfahren und zur Gewinnabschöpfung neu geschaffenen Stellen im Bereich der Staatsanwaltschaft wieder eingespart werden. Das kommt einem Handstreich gleich und ist haushaltspolitisch der falsche Weg. Gerade Stellen im Bereich der Staatsanwaltschaft, die zur Verstärkung der Gewinnabschöpfung genutzt werden können, finanzieren sich selbst. Der

Landesverband fordert die Streichung dieser kw-Vermerke und die Schaffung zusätzlicher mindestens 20 Stellen, damit in jeder der 19 Staatsanwaltschaften wenigstens eine zusätzliche Stelle eingerichtet werden kann, um die Gewinnabschöpfung zu verbessern und die Gerichte aufgrund der dort durchgeführten Ermittlungen über Einziehung, Verfall und erweiterten Verfall entscheiden können. In diesem Bereich ist Mehrarbeit entstanden, weil die Polizei erhebliche zusätzliche Kräfte zur Gewinnermittlung einsetzt. Daneben besteht in der Justiz ein großer Fortbildungsbedarf.

2. Der Deutsche Richterbund fordert den Landtag erneut auf, die Altersteilzeit als allgemeines Institut der Personalwirtschaft und nicht nur zur Erwirtschaftung von kw-Vermerken vorzusehen. Für Richter ist keine Altersteilzeit gesetzlich vorgesehen, obwohl andere große Bundesländer dies getan haben. Ich verweise auf meinen Bericht für den Haushalt 2001. Geändert hat sich in NRW nichts.
3. Leistungsprämien: keine Stellungnahme.
4. Ausbildungsfragen: keine Stellungnahme.
5. Erfahrungen mit der Personalausgabenbudgetierung: keine Stellungnahme.
6. Personalsituation in den Finanzämtern: keine Stellungnahme.

#### B. Stellungnahme zum Einzelplan 04 – Justiz

Ich wiederhole zunächst, dass die Vollaussstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften mit Informationstechnik durch das Programm Justiz 2003 dringend notwendig ist, um die Bürotechnik auf einen zeitgemäßen Standard zu bringen, jedoch keine Veranlassung gibt, den Bedarf an Richter- und Staatsanwaltskräften zu vermindern. Das wäre nur möglich, wenn der Umfang der Justizaufgaben reduziert werden könnte, was im wesentlichen nicht im Zuständigkeitsbereich des Landes liegt. Die Ausstattung wird sich leider verzögern, weil bei der Software-Firma, die das Netzwerkprogramm JUDICA erstellt, das Programm abgestürzt ist. Mindestens zwei Monate Verzögerung

bis zur Echterprobung sind zu befürchten. Das bedeutet Mehreinsatz von Personal. Gleichwohl sieht der Entwurf des Haushalts 2002 den Abbau der Mitarbeiter in der Justiz vor. Das ist kontraproduktiv. Wenn das noch nicht funktionierende Programm JUDICA auf den Geschäftsstellen Erleichterungen bringen soll, müssen, die vorhandenen Personalkräfte noch bis zum Jahr 2005 erhalten bleiben. Die Umstellung und die Umschulung hat noch nicht einmal begonnen.

Ich fordere Sie erneut auf, die Staatsanwaltschaften und die Gerichte personell so auszustatten, dass alle Verfahren einschließlich der möglicherweise wegen der aktuellen Sicherheitslage hinzukommenden sorgfältig und ohne unangemessenen Zeitdruck bearbeitet werden können.

Zu den Einzelheiten der personellen Belastung werden für die Staatsanwaltschaft Herr Schüler, für die Finanzrichter Herr Morsbach, für die Sozialrichter Herr Peifer und für die Arbeitsrichter Frau Dr. Schlewing Stellung nehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Nüsse  
(nach Diktat verreist)